

waren. Aber der Versuch, Bewegung zu schaffen, ist immer wieder auf unterschiedlichen Ebenen gemacht worden.

Meine Damen und Herren, haben sie vielen Dank, daß Sie so lange geduldig zugehört haben.

(Beifall – Hinweis: Abg. Koschyk äußert den Wunsch, die schriftliche – ausführlichere – Fassung des Vortrags in den Anhang des Protokolls zu nehmen. Dagegen wird kein Widerspruch laut, so daß die Sitzungsvorsitzende dies zusagt – vgl. Anlage.)

Stellv. Vorsitzende Margot von Renesse: Herr Professor Möller, vielen Dank. Jetzt ohne lange Zwischenrede angesichts der fortgeschrittenen Zeit, aber wir haben Ihnen allen mit großem Interesse und großer Spannung gelauscht, bitte unser Kollege und Mitglied der Enquete-Kommission, Herr Dr. Faulenbach.

Dr. Bernd Faulenbach: Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren!

Aufgabe der Enquete-Kommission ist es, nicht nur zur Klärung historischer Tatbestände beizutragen, sondern auch die Maßstäbe des Urteils über die jüngste Geschichte zu überprüfen. Hier scheint mir noch vieles zu leisten zu sein. Die Umwälzung 1989/90 hat nicht lediglich eine Fülle von Aktenmaterialien zugänglich gemacht, die es systematisch und methodisch reflektiert auszuwerten gilt, sie hat vielmehr auch unsere Perspektive, in der wir die Nachkriegszeit sehen, verändert. Dies gilt insbesondere für die Deutschlandpolitik, bei der sich die Frage der Maßstäbe neu stellt.

Die Vereinigung zwingt dazu, die Nachkriegsgeschichte nicht nur aus westdeutscher *oder* ostdeutscher, sondern aus west- *und* ostdeutscher Perspektive zu sehen. Man muß offen eingestehen, daß wir uns daran gewöhnt hatten, die Geschichte der DDR und die Geschichte der Bundesrepublik getrennt voneinander zu behandeln. Man denke an die zahlreichen Geschichten der Bundesrepublik und die Geschichten der DDR, etwa das große sechsbändige Werk zur Bundesrepublik Deutschland von Bracher, Eschenburg u. a.

Heute müssen die Westdeutschen versuchen, die Nachkriegsgeschichte auch mit ostdeutschen Augen in den Blick zu nehmen, selbstverständlich gilt dies auch umgekehrt. Die Deutschlandpolitik 1949–1963 mag hier als ein Testfall herangezogen werden, an dem die neue gesamtdeutsche Perspektive zu erproben ist.

Die Deutschlandpolitik dieses Zeitraumes wurde entscheidend von Konrad Adenauer bestimmt, man spricht von einer „Ära Adenauer“. In der alten Bundesrepublik hatte sich zuletzt ein Bild der Adenauerschen Politik durchgesetzt, in dem Adenauer als Politiker galt, der die Nationalstaatsidee für die Deutschen relativiert hatte, der die europäische Integration der Bundesrepublik vorangetrieben und den politisch-ökonomischen Aufstieg der Bundesrepublik ermöglicht hatte. Selbst prominente Sozialdemokraten, wie etwa Erhard Eppler

in seiner Rede am 17. Juni 1989 vor dem Bundestag, zollten Adenauer nun für seine Außenpolitik Anerkennung, auch wenn sie bestimmte Defizite anmerkten und die Komplementarität der Politik der Westbindung durch einen Ausgleich mit dem Osten betonten.

Diese Politik ist erneut zu betrachten, wobei auch die Schattenseiten mit zu sehen sind. Die Zweistaatlichkeit dauerte immerhin 40 Jahre, mehr als eine Generation lang. Man muß sich das damit gegebene Ausmaß verminderter Lebenschancen für die Menschen in der DDR vergegenwärtigen. Das Schicksal der Menschen in der DDR ist die Kehrseite der Entwicklung der Bundesrepublik. Dies heißt nicht, um dies gleich hier zu sagen, daß dieser Tatbestand eindeutig oder gar alleine der Adenauerschen Deutschlandpolitik anzulasten ist. Doch stellt sich noch einmal die Frage, ob nicht eine andere Entwicklung möglich gewesen wäre und falls ja, zu welchem Preis.

Allerdings wird neuerdings versucht, die Wiedervereinigung als das Ergebnis der Adenauerschen Politik darzustellen – eine, wie ich meine, überaus anfechtbare These, die die Jahrzehnte nach Adenauer für irrelevant erklärt, gleichsam wegeskamotiert. Zudem ist offensichtlich, daß das Adenauerbild vor der Vereinigung, in dem die antinationalstaatliche Dimension seiner Politik akzentuiert worden war, mit dem Bild Adenauers nach der Vereinigung, als des Vaters der Wiedervereinigung, in einer unübersehbaren Spannung steht. Lassen Sie mich dies im folgenden etwas näher ausführen.

Ich möchte zunächst Grundzüge der Adenauerschen Deutschland- und Außenpolitik 1949–1955 umreißen, dann nach den Kozeptionen seiner Gegner und Kritiker fragen, in einem dritten Schritt die Deutschlandpolitik 1955–1961 behandeln und schließlich die Suche nach Neuansätzen in den 60er Jahren noch kurz ansprechen. Zunächst zum ersten Punkt, zu Grundzügen der Adenauerschen Deutschlandpolitik.

I.

Schon zahlreiche Zeitgenossen haben Adenauers Politik, das ist auch hier eben von Herrn Möller angesprochen worden, als stark „westdeutsch geprägt“ bezeichnet, wobei häufig auf seine Rolle als Kölner Oberbürgermeister und auf seine antipreußische Orientierung verwiesen worden ist. Vielfach ist eine Diskrepanz zwischen seinen Worten zur Wiedervereinigung und seiner tatsächlichen Politik konstatiert worden bis hin zu der Behauptung, die Wiedervereinigungsrhetorik habe die Westintegrationspolitik lediglich absichern, gleichsam verschleiern sollen und sei deshalb, ich zitiere Josef Foschepoth, „die Lebenslüge der Bundesrepublik bzw. der Regierung Adenauer“ gewesen. Dem standen und stehen Einschätzungen gegenüber, die Adenauers Äußerungen zur Deutschlandpolitik ernstnehmen. Rudolf Morsey etwa hat in seiner Expertise